

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Drs.: A2302/05

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Für Humanität und Rechtsstaatlichkeit: Klare Regeln für irreguläre Migration!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Das Thema Migration wird in Deutschland immer häufiger diskutiert. Die Debatten darüber sind jedoch oft polemisch, undifferenziert und meist nur auf Teilaspekte der eigentlichen Problematik beschränkt.

Während die reguläre Migration in den deutschen Arbeitsmarkt von der Bundesregierung durch das neue Einwanderungsgesetz sehr sinnvoll neu geregelt wurde, gilt dies für den Bereich der irregulären Migration nicht. Hier fehlt es bei fast allen politischen Akteuren an Mut, dieses Thema anzugehen. Das führt dazu, dass Rechtspopulisten hier besonders einfach mit Scheinlösungen punkten können. Dies können wir nicht hinnehmen und wollen sachorientiert und offen über die Möglichkeiten sprechen, illegale Migration zu bekämpfen.

I. Die Grundlagen einer liberalen Migrationspolitik

Für uns FDP Hamburg sind folgende Grundsätze für eine liberale Migrationspolitik entscheidend:

Wir unterscheiden zwischen regulärer und irregulärer Migration. Während es einer kontrollierten und regulären Migration in unsere Arbeitssysteme bedarf, muss der Teil an Menschen, die irregulär in unser Land kommt, gesenkt werden. Hierbei kommt es auch nicht darauf an, wie die Einreise nach Europa und Deutschland begründet ist oder wie beispielsweise der Bildungsgrad einer Person ist.

41 Bei jeder Thematik gilt für uns das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Wir vertrauen auf
42 unser Recht und unsere Rechtsprechung.

43 Konkret bedeutet das: Es muss im Interesse Deutschlands liegen, dass Ausreise-
44 pflichtige und Menschen ohne Duldung das Land verlassen. Auch Abkommen wie
45 das Dublin-Abkommen wollen wir konsequent anwenden.

46
47 Migrationspolitik muss menschenwürdig sein. Bei aller Härte in der Sache müssen
48 die Rechte aller Menschen auf europäischer wie deutscher Ebene geachtet werden.
49 Dazu gehört für uns auch das Recht, sich zu verteidigen. Dass es Flüchtlingen bisher
50 teilweise nicht möglich war, sich rechtlichen Beistand zu suchen, ist für uns ein gro-
51 ßes Problem und darf sich nicht wiederholen.

52
53 Wir stellen uns ebenfalls klar gegen von Mitgliedsstaaten der EU durchgeführten,
54 vom EU-Recht nicht gedeckten Maßnahmen zur Einschränkung von Migration.

55
56 Migrationspolitik muss dort, wo sie gemacht wird, auch gedacht werden. Von europä-
57 ischer bis kommunaler Ebene gibt es viele Herausforderungen, die gesamtheitlich
58 und strategisch gedacht werden müssen. Dafür braucht es enge Absprachen zwi-
59 schen allen Ebenen, aber auch den Austausch von Ländern und Kommunen. Hier
60 können nicht nur gesamtheitliche Strategien verbessert, sondern vor allem auch Best
61 Practices ausgetauscht und etabliert werden können.

62

63 **II. Irreguläre Migration in Europa wirksam bekämpfen**

64

65 Die Einschränkung illegaler Migration in Europa muss von allen Staaten gemeinsam
66 gedacht werden. Jedes Mitgliedsland in der EU hat dabei eine Verantwortung. Die
67 Lage an den EU-Außengrenzen war zuletzt immer schlechter, die humanitären Zu-
68 stände teilweise dramatisch.

69

70 Der Kompromiss der EU-Innenminister hat einen ersten Aufschlag für eine Reform
71 des europäischen Asylrechts gemacht, viele Fragen sind gleichzeitig aber noch of-
72 fen.

73

74 Die FDP Hamburg unterstützt die Stoßrichtung des Kompromisses der EU-Innenmi-
75 nister nach Asylverfahren an den EU-Außengrenzen. Hierbei muss darauf geachtet
76 werden, dass die Asylzentren humanitären Standards entsprechen. Die beschlosse-
77 nen Regeln müssen für alle Mitgliedsstaaten verbindlich gelten.

78

79 Wir fordern, dass die Kapazitäten in den Asylzentren realistisch abgeschätzt und auf-
80 gebaut werden. Die eher willkürliche Zahl von 30.000 Menschen, die pro Jahr ein
81 Grenzverfahren durchlaufen sollen, halten wir nicht für sinnvoll.

82

83 Die Forderung, dass die Grenzverfahren vor allem Menschen aus Ländern mit gerin-
84 ger Schutzquote durchlaufen müssen, unterstützen wir, fordern jedoch, diese auf
85 30% statt 20% zu setzen, da bisher nur drei der zehn Hauptherkunftsländer der Mig-
86 ration in der EU abgedeckt sind.

87 Auch Straftäter, Gefährder und Menschen, die die Behörden getäuscht haben, sollen
88 in die Asylzentren aufgenommen werden, dort aber in getrennten Bereichen unterge-
89 bracht werden. Eine maximale Aufenthaltsdauer von 12 Wochen ist angemessen, in
90 dieser Zeit muss ein Zugang zu anwaltlicher Beratung gewährleistet sein.

91

92 Dass unbegleitete Minderjährige aus den Grenzverfahren ausgenommen werden sol-
93 len, lehnen wir ab. Hier droht die Gefahr, dass in Kombination mit dem Familiennach-
94 zug ein Vorteil dadurch entsteht, dass man Kinder unbegleitet in Richtung der EU
95 vorschickt.

96 In der Unterbringung muss das Menschenrecht auf Bildung gewährt werden. Allge-
97 mein sind für alleinreisende, minderjährige Personen sichere und getrennte Unter-
98 bringungen zu gewährleisten.

99

100 In den Asylzentren sollen die Menschen den juristischen Einreisestatus „nicht einge-
101 reist“ beibehalten. Diese Lösung ist äquivalent zu den Regelungen am Flughafen und
102 vereinfacht den rechtlichen Umgang mit gegebenenfalls anstehenden Rückführun-
103 gen.

104

105 Für alle Mitgliedsstaaten soll es verpflichtend sein, Asylanträge über eine an die Dritt-
106 staatenlösung gekoppelte Zulässigkeitsprüfung prüfen zu lassen. Sind Asylanten
107 über sichere Drittstaaten in die EU gekommen, soll der Asylantrag als unzulässig ab-
108 gelehnt werden.

109

110 Wer bewusst illegal in die EU einreist und sich einem geregelten Asylverfahren ent-
111 zieht, soll ein zehnjähriges Einreiseverbot erhalten.

112

113 Für uns ist klar: Die Reform der Innenminister wird nur funktionieren, wenn sowohl
114 einzelne Mitgliedsstaaten als auch die EU insgesamt Rückführungsabkommen
115 schließen. Dies gilt sowohl mit den Herkunftsländern direkt als auch mit sicheren
116 Drittstaaten. Letztere sollen beispielsweise durch mehr Entwicklungshilfe oder Visa-
117 Erleichterungen entlohnt werden.

118

119 Migranten, deren Asylantrag abgelehnt wird, sollen – sofern ihr Herkunftsland die
120 Rücknahme verweigert – in sichere Drittstaaten abgeschoben werden können. Wich-
121 tig hierbei ist, dass ein Verbindungskriterium zu diesem Land besteht, das bedeutet,
122 dass die Flüchtlinge eine persönliche Verbindung zum Drittstaat haben.

123

124 **Option 1:** Dieses besteht für uns, sobald ein durchgehender Aufenthalt von 14 Ta-
125 gen oder ein nicht durchgängiger Aufenthalt von insgesamt 21 Tagen bestanden hat.

126

127 Wird die Amtssprache eines Drittstaates beherrscht, ist kein Aufenthalt nötig.

128

129 **Option 2:** In Zusammenarbeit mit dem EU-Kommissar für Inneres Kriterien soll die
130 EU für den Begriff einer „persönlichen Verbindung“ zu einem Drittland definieren.

131

132 Wir lehnen Abschiebungen in Drittstaaten ab, die nur in Teilgebieten als sicher einge-
133 stuft wurden. Alle Drittstaaten müssen die Genfer Flüchtlingskonvention zwar nicht
134 ratifiziert haben, zumindest aber ihre Anforderungen erfüllen.

135

136 Die EU soll auch Abkommen mit afrikanischen Ländern schließen, sodass bereits der
137 Übertritt der Grenzen in Richtung der EU verhindert wird.

138

139 Die Migranten aus den Grenzverfahren sollen bei positivem Bescheid gleichmäßig in
140 der EU verteilt werden. Länder können sich von dieser Verpflichtung „freikaufen“ und
141 sollen nach erstem Entwurf der Innenminister 20.000 Euro pro Asylanten zahlen, den
142 sie nicht aufnehmen.

143 Wir sehen die generelle Idee dieses Vorschlags als pragmatisch und zur Umsetzung
144 des Kompromisses wohl unerlässlich. Jedoch ist die Zahl von 20.000 Euro viel zu
145 niedrig. Diese muss realistisch an die Kosten eines Verfahrens sowie der nachfol-
146 genden Aufnahme einer Einzelperson im Durchschnitt angepasst werden. Es darf
147 sich weder finanziell noch organisatorisch lohnen, sich unsolidarisch innerhalb der
148 EU zu zeigen.

149
150 Die FDP Hamburg fordern die Berufung eines europäischen Beauftragten für Migra-
151 tion und Integration. Dieser soll die Verhandlungen der EU für Rücknahmeabkom-
152 men koordinieren. Gleichzeitig ist er für die Einhaltung und Kontrolle der Menschen-
153 rechtsstandards bei den Asylverfahren zuständig. Dass wie bisher die Mitgliedsstaa-
154 ten sich in diesem Punkt selbst kontrollieren, halten wir für unzureichend.

155
156 Insgesamt fordern wir eine Abkehr vom Dublin-Verfahren. Stattdessen sollen mittel-
157 fristig Regelungen über Verteilungsschlüssel, Grenzverfahren und Zulässigkeitsprü-
158 fungen gefunden werden.

159
160 Langfristig sollen über feste Kontingente für bestimmte Länder die Migrationsbewe-
161 gungen rein auf politisch verfolgte oder anderweitig in ihrem Land gefährdete Men-
162 schen beschränkt werden. Diese Kontingente müssen laufend überprüft und unbüro-
163 kratisch an herrschende politische Lagen angepasst werden.

164 165 **III. Wir brauchen eine starke europäische Krisenverordnung**

166
167 „2015 darf sich nicht wiederholen!“ ist eine genauso häufige wie – ohne entspre-
168 chende Maßnahme – leere Phrase. Was wir zu dieser Zeit erlebt haben, zeigte nicht
169 nur das Missmanagement in der Migrationspolitik der EU an sich auf, sondern auch
170 die Überforderung aller Mitgliedsstaaten mit besonders starken Fluchtströmungen.
171 Diese können jedoch nicht nur wie vor acht Jahren aus mehr Fluchtursachen in den
172 Herkunftsländern entstehen, sondern auch durch die Instrumentalisierung von
173 Flüchtlingen zur Schaffung eines humanitären Engpasses. Zuletzt versuchte dies
174 Belarus, indem Flüchtlinge gezielt an der polnischen Seite der EU-Außengrenze in
175 Richtung Europas geschickt wurden.

176
177 Für diese Fälle braucht es eine koordinierte Antwort der EU darauf. Gerät ein Mit-
178 gliedsstaat in größerem Maße unter Druck, soll es die Ausrufung eines solchen Kri-
179 senfalls beantragen können. Innerhalb von 24 Stunden muss der europäische Beauf-
180 tragte für Migration in Absprache mit dem EU-Kommissar für Inneres prüfen, ob dies
181 angemessen ist.

182
183 Wird der Krisenfall ausgerufen, greift die Krisenverordnung. Automatisch soll die ma-
184ximale Dauer der Grenzverfahren auf 24 Wochen verlängert werden. Ist die Katastro-
185phe länger anhaltend, soll die Aufenthaltsdauer in den Asylzentren zwei Mal um je-
186weils zwölf weitere Wochen verlängert werden. Das erste Mal durch ein Gremium um
187den europäischen Beauftragten, das zweite Mal nur durch Gerichte und dies nur in
188Einzelfallentscheidungen.

189 Die Schutzquote, bei der Menschen im Krisenfall in Grenzverfahren kommen sollen,
190 steigt auf 75%.

191
192 Greift ein solcher Krisenfall, soll die Verteilung aller Menschen, deren Asylantrag be-
193willigt wurde, verpflichtend über den europäischen Verteilungsschlüssel erfolgen. Für
194 die Dauer der Krisensituation sollen Ausgleichszahlungen nur in Ausnahmefällen

195 möglich sein, wie zum Beispiel, wenn ein Land alle Kapazitäten ausgeschöpft hat.
196 Weigert sich ein Land, Asylanten aufzunehmen, soll dies mit einem entsprechenden
197 Vertragsverletzungsverfahren sanktioniert werden.

198

199 **IV. Für mehr Rechtsstaatlichkeit und ein wehrhaftes Deutschland in allen Fra-** 200 **gen irregulärer Migration**

201

202 Deutschland ist in der Vergangenheit immer wieder Ziel von irregulärer Migration ge-
203 wesen. Dies belastet unsere Kommunen bis heute ans Maximum. Auch in der Bevöl-
204 kerung hat die Überforderung der Politik mit einem konsequenten Handeln gegen ir-
205 reguläre Migration für große Verunsicherung gesorgt. Dabei ist ein Nährboden ent-
206 standen, in dessen Klima immer mehr Menschen für rechtsextreme Ideen und popu-
207 listische Gedankengüter offen werden.

208

209 Wir sehen es als Aufgabe der deutschen Politik, human, aber eben auch konsequent
210 und für die Bürger nachvollziehbar mit den Problematiken für Migration, aber vor al-
211 lem irregulärer Migration umzugehen.

212

213 Der Rechtsstaat muss es sich zur Aufgabe machen, dass ausreisepflichtige Men-
214 schen auch konsequent abgeschoben werden, insbesondere, wenn sie nicht gedul-
215 det sind.

216

217 In Bezug auf die rechtlichen Grundlagen fordern wir als FDP Hamburg, dass
218 Deutschland eine Zulässigkeitsprüfung für alle gestellten Verfahren einführt, bis
219 diese in der EU verpflichtend wird. Dass Nancy Faeser dies nicht tun will, kritisieren
220 wir scharf. Deutschland darf sich nicht durch laschere Regeln erneut zum Anlauf-
221 punkt für irreguläre Migranten machen, die in einem geregelten Grenzverfahren
222 keine Aussicht auf einen positiven Bescheid hätten.

223

224 Deutschland soll die Liste der sicheren Herkunftsländer um Tunesien, Marokko, Al-
225 gerien und Mauretanien erweitern. Ebenso sollen automatisch Beitrittskandidaten für
226 die EU zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden.

227

228 Deutschland soll auch weiterhin eigenständig Verhandlungen über Rückführungsab-
229 kommen mit Herkunfts- und Drittländern führen. Alle sicheren Herkunftsländer sollen
230 automatisch sichere Drittstaaten sein. In dieser Konsequenz soll Deutschland auch
231 bis zu einer Reform das Dublin-Abkommen konsequent anwenden und entsprechend
232 auch innerhalb der EU abschieben.

233

234 Wer in sein Land zwischenzeitlich zurückkehrt, soll wie in skandinavischen Ländern
235 seinen Status als Flüchtling verlieren.

236

237 Wir fordern, dass die Bundespolizei an allen Dienststellen und somit auch ohne
238 Grenzbehörde zu sein, gleichberechtigt mit den Landesbehörden Maßnahmen zur
239 Vollstreckung des geltenden Aufenthaltsrechts durchführen darf und sprechen uns
240 daher für eine entsprechende Änderung des §71 des Aufenthaltsrechts aus.

241

242 Um auch Menschen ohne gültige Papiere abschieben zu können, sollen die Bundes-
243 länder schnell und koordiniert Reisepapiere zur Ausreise besorgen und übermitteln.
244 Diese Vorgänge müssen beschleunigt werden.

245

246 Die gängigen Fluchtrouten an den Grenzen in Richtung der Schweiz, Österreich und

247 Dänemark sollen stärker kontrolliert werden, um entsprechende illegale Einreisen
248 möglichst zügig zu vermeiden.
249
250 Eine Abschaffung des Individualrechts auf Asyl in Artikel 16 GG lehnen wir ab.
251
252 Insgesamt muss es eine Aufgabe für die Politik sein, Duldungsketten zu durchbre-
253 chen. Haben Menschen eine Ausbildung oder Berufserfahrung und zeigen den Wil-
254 len zur Integration, können sie nach dem neuen Einwanderungsgesetz der Bundes-
255 regierung schnell in ein Arbeitsverhältnis kommen.
256 Andernfalls macht es jedoch keinen Sinn, die Menschen jahrelang über Duldungen in
257 unsicheren Arbeits- wie Lebensverhältnissen zu lassen, um sie am Ende doch abzu-
258 schieben.
259 Daher fordern wir, dass die politischen Gründe im Herkunftsland kein Grund mehr für
260 eine Duldung in Deutschland sein soll. Wer keinen Anspruch auf Asyl hat, soll daher
261 in ein Drittland abgeschoben werden. Auch eine kurzfristige medizinische Situation
262 soll kein Grund für eine Duldung sein.
263
264 Der Anspruch auf den kostenfreien Besuch von Integrationskursen soll auf geduldete
265 Asylbewerber ausgeweitet werden.
266
267 Auch die Situation vor Ort muss den Gegebenheiten der aktuellen Lage angepasst
268 werden. Dass aktuell zum Teil nur bei 20% der abzuschiebenden Personen pro Ter-
269 min eine Rückführung auch vollstreckt wird, muss ein klares Warnsignal und Aufgabe
270 für die Politik zu gleich sein, die Bedingungen und Hürden für Abschiebungen zu
271 senken.
272
273 Das größte Problem hierbei ist, dass abzuschiebende Personen oft nicht angetroffen
274 werden. Gleichzeitig sind auch bürokratische Hürden und medizinische Gründe oft
275 Blockaden für Rückführungen.
276
277 Die Freien Demokraten Hamburg sehen die Abschiebehaft als wirksamstes Mittel an,
278 um Abschiebungen konsequent zu vollstrecken. Hierfür müssen vor allem die Kapa-
279 zitäten erhöht werden, um Menschen, die sich der Rückführung entziehen oder eine
280 Abschiebung anderweitig zu verhindern versuchen auch zuverlässig in entspre-
281 chende Einrichtungen untergebracht werden können.
282
283 Die im Aufenthaltsgesetz genannten Regelungen zur Abschiebungshaft halten wir für
284 gerechtfertigt. Es sollen jedoch die entsprechenden Grundlagen dafür geschaffen wer-
285 den, dass Migranten zum Sinne einer Abschiebung innerhalb der EU wieder in Über-
286 stellungshaft genommen werden können.
287
288 Abschiebungen sollen nicht angekündigt stattfinden, um die Möglichkeit zu senken,
289 dass die Ausreisepflichtigen untertauchen können. Wir unterstützen die Bestrebun-
290 gen der Bundesinnenminister, hier die Kompetenzen der Polizei auszuweiten.
291 Um sich von einer Abschiebung befreien zu lassen, soll in Zukunft nur noch ein ärztli-
292 ches Attest von Amtsärzten vor Ort ausgestellt werden dürfen. Hierbei muss die
293 Frage wichtig sein, ob ein Transport langfristige gesundheitliche Folgen für die abzu-
294 schiebenden Menschen haben könnte.
295
296 Es kommt immer wieder vor, dass sich Migranten vor einer Rückführung selbst ver-
297 letzen, um sich den behördlichen Maßnahmen zu entziehen. Dies muss unterbunden

298 werden, indem bei Gefahr für die Gesundheit die Überführung in die Gesundheitssta-
299 tion einer Abschiebehafte erfolgt. Danach soll die Rückführung bei nächster Gelegen-
300 heit nachgeholt werden; dass aktuell teils Verfahren komplett neu aufgerollt werden,
301 halten wir für kontraproduktiv und fordern, dass entsprechende Gesetzesänderungen
302 vorgenommen werden, um dies zu verhindern.

303
304 Um das Alter von Asylbewerbern besser feststellen zu können, sollen sowohl techni-
305 sche als auch alle medizinisch anerkannten Verfahren angewendet werden.

306
307 Um dem Einsatz der Bundespolizisten bei Abschiebungen Rechnung zu tragen, sol-
308 len die Aufgaben des „Flugbegleiters Luft“ in Zukunft als Arbeitszeit gewertet und
309 entsprechend vergütet werden. Es kann nicht sein, dass diese verantwortungsvolle
310 und auch persönlich belastende Aufgabe von Freiwilligen unter den Bundespolizisten
311 übernommen wird.

312
313 In Zukunft sollen mehr Abschiebungen auch über Linienflüge und damit verbundene
314 Buchungskontingente der Bundespolizei durchgeführt werden. Die entsprechenden
315 Rahmenbedingungen müssen dafür geschaffen werden, oberste Priorität muss dabei
316 immer die Sicherheit aller Menschen an Bord haben.

317
318 Das Konzept des Kirchenasyls lehnen die Freien Demokraten Hamburg ab!

319

320

321 **Begründung:**

322

323 Erfolgt mündlich.